

Anlage zu TOP 9

Von: Mark Castens [mailto:Mark.Castens@gmx.de]

Betreff: Hospizversorgung im Lande,

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich heiße Mark Castens, bin 37 Jahre alt und wohne in der Gemeinde Ovelgönne im Landkreis Wesermarsch. Im Jahr 2009 erkrankte meine Mutter in Bremen an Lungenkrebs, woran sie dann auch im April letzten Jahres im Alter von 62 Jahren verstarb.

Ich habe mich während dieser schweren Zeit um alle sozialen Angelegenheiten gekümmert wie z.B. die erforderliche Antragstellungen bei den Kranken- und Pflegekassen u.v.m.

Durch den sich immer wieder stark schwankenden Krankheitsverlauf mußten zu jeder neuen Situation neue Anträge gestellt werden, die mit wochenlangen Bearbeitungszeiten bei den zuständigen Kassen andauern. Dadurch kam es des Öfteren zu Überschneidungen, so daß zeitweilig die Krankenkassen den Überblick verloren hatten.

Dieses mußte ich in meiner Freizeit in den Abendstunden nachdem ich meine Mutter entweder Zuhause oder in den Krankenhäusern besucht hatte schriftlich ins Rechte rücken.

Auch Widersprüche mußten gestellt werden, da teilweise Anträge abgelehnt wurden, hierzu mußte ich mich ins Sozialgesetzbuch einlesen.

Auch Anträge bei dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen brauchen wochenlange Bearbeitungszeit. Nachdem ich einen Antrag auf Pflegestufe für meine Mutter gestellt hatte vergingen ~ 6-8 wochen Zeit, bevor es zu einem Begutachtungstermin zustande kam, weitere Wochen vergingen um das schriftliche Ergebnis zu erhalten.

Das führte u.a. dazu, daß meine Mutter nicht Leistungsgerecht versorgt wurde.

Im Dezember 2009 teilten uns die behandelnden Ärzte mit, dass diese nichts mehr für sie tun können aufgrund des Krankheitsbildes. Es wurde gemeinsam angestrebt sie in ein stationäres Hospiz zu verlegen, da auch mein Vater seinerzeit schwerkrank war und an den Folgen einer Blählung ebenfalls im letzten Jahr verstarb.

Einen freien Platz in der stationären Hospiz gab es jedoch nicht.

Somit wurde meine Mutter vorübergehend ins eigene Haus entlassen, in dem sie weiterhin nach der Pflegestufe 1 von einem Pflegedienst betreut wurde.

Durch diese Situation kam es fortlaufend immer wieder zu akuten Situationen, in dem meine Mutter immer wieder ins Krankenhaus verlegt werden mußte. Jedoch wurde sie dort immer wieder entlassen, da das Krankenhaus nicht palliativ behandelt.

Meine Mutter wurde oft in dieser hin und her verlegt, weil es keinen freien Platz in der Hospiz gab.

Im Februar 2010 wurde erneut versucht sie in das einzigste Hospiz in Bremen was mit acht Betten ausgestattet ist sie dort hin zu verlegen. Diesmal wurde gemeinsam mit dem Krankenhaus versucht einen Termin mit der Hospiz abzustimmen, was uns gelungen ist. Aber an dem vereinbarten Termin kam von dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen per Fax ein Gutachten nach Aktenlage mit ablehnenden Gründen.

Aufgrund der neuen Situation sah ich mich gezwungen, sich an die Bremische Gesundheitsministerin Frau Rosenkötter zu wenden, mit der Bitte um Hilfe, da ich zwischenzeitlich nicht mehr weiter wußte.

Mit viel Aufwand gelang es mir dann doch noch, meine Mutter in die stationäre Hospiz zu wissen.

Von März bis zu ihrem Tode im April 2010 lag sie nun in der stationären Hospiz und von dort an konnten wir uns in Ruhe und Würde voneinander verabschieden.

Auch der bürokratische Aufwand war mit mal vorbei.

So daß ich auch mehr Zeit hatte sich mit den anstehenden Gedanken auseinander zu setzen.

Nachdem ich nach ihrem Tod wieder zu Kräften gekommen bin habe ich mir gesagt, daß ich solche Situationen anderen Menschen ersparen möchte und reichte demzufolge eine Petition in der Bremischen Bürgerschaft ein mit der Forderung weitere stationäre Hospizplätze zu schaffen.

„Im Jahr 2009 verstarben in Bremen 99 Menschen auf der Warteliste, obwohl sie alle Voraussetzungen erfüllt hatten“(Quelle:Hospiz- und PallativVerband Bremen e.V).

Nicht nur Bremen hat nachweislich zu wenig Hospizplätze, in vielen Landkreisen sieht es ähnlich aus wie z.B. im Landkreis Verden, Cuxhaven, Nordwestmecklenburg, Regen, Emsland, Schwandorf, Ansbach, Wesermarsch und vielen weiteren von denen mir schriftliche Stellungnahmen vorliegen.

Im April diesen Jahres wurde meine Petition in Bremen öffentlich beraten und einstimmig befürwortet. Jedoch ist die Politik nicht zuständig, Hospizplätze zu schaffen, daher wurde meine Petition an den Bundestag weitergeleitet.

In dieser Zeit habe ich mich Bundesweit darum bemüht, weitere Stellungnahmen aus verschiedensten Landkreisen zu erlangen.

Diese Stellungnahmen liegen mir nun vor und dabei ist festzustellen, daß die Situation wie sie derzeit in Bremen vorherrscht sich in der ganzen Republik wiederfinden, mangels an stationären Hospizeinrichtungen.

Demzufolge habe ich meine Petition neu verfaßt und an den Bundestag gesandt.

Die derzeitige Gesetzeslage gibt vor, daß ein stationäres Hospiz erst gefördert wird mit mind. acht Plätzen. Die Krankenkassen rechnen jedoch zusätzlich mit sog. Bedarfserhebungen die in der ganzen Republik unterschiedlich sind. In Bremen wird derzeit mit 1 Hospizplatz pro 100.000 Einwohner gerechnet. In Berlin rechnet man derzeit mit 50-60 Betten pro 1.000.000 Einwohner.

Legt man dieses zugrunde, dann wird man feststellen, daß in vielen Landkreisen demzufolge keine stationäre Hospizplätze geschaffen werden können.

Somit werden weiterhin sterbenskranke Menschen weit von Zuhause verlegt, was wiederum zu zusätzlichen Belastungen von Angehörigen führt.

Ohnehin ist keiner dem Gesetz nach für die derzeitigen Situation verantwortlich.

Alles kann aber nichts muß.

Auch die Tatsache daß stationäre Hospizeinrichtungen eigenständige wirtschaftliche Betriebe sind, fördert auch zukünftig keine Verbesserungen.

Stationäre Hospizeinrichtungen werden gemäß §39 SGB V zu 90% durch Krankenkassen gefördert und zu 10% aus Spenden.

Da stationäre Hospizeinrichtungen aufgrund der klaren Aufgabenstellung wie z.B. Trauerarbeit usw., können diese nur eine Auslastung von max. ~80% erreichen.

Sofern jedoch weniger erreicht wird, werden diese Gelder aus weiteren Spenden gegenfinanziert.

Somit sind die stationären Hospizeinrichtungen auch wirtschaftlich gezwungen, sich um Spenden zu bemühen.

Auch die Tatsache, daß durch den demografischen Wandel die Zahl der Bedürftigen stetig steigen wird, ist die Wichtigkeit dieses Thema zu entnehmen.

Warum schreibe ich Ihnen das?

Weil ich meine Erfahrungen im Umgang mit sterbenskranken Menschen, anderen Menschen ersparen möchte. Jeder von uns kann sich irgendwann mal in einer solchen Situation wiederfinden, daher ist das Thema auch sehr wichtig.

Der Tod macht keinen Halt vor Religion und unterschieden in den Gesellschaften.

Wie können Sie mich unterstützen?

- In dem Sie möglichst kurzfristig der Öffentlichkeit über meine eingereichte Petition berichten und den Bürgern die Anregung in dem u.g. Link zur Mitzeichnung geben.
- Sie diese E-Mail an ihre in Ihrem Zuständigkeitsbereich politischen Kollegen weiterleiten.
- In dem Sie in der Petition selbst mitzeichnen.
- Sie diese E-Mail an Freunde, Bekannte, Kollegen und vielen weiteren zuschicken.

Der Bundestag wird sich erst ab 50.000 Mitzeichnungen öffentlich zu diesem Thema beraten, und da zählt jede Mitzeichnung.

Daher sind Sie jetzt so wichtig für mich und die sterbenskranken Menschen.

Über Ihre freundliche Unterstützung zu diesem gesellschaftlichen Problem würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen
Mark Castens

